

**Stellungnahme der
vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
im Deutschen Gewerkschaftsbund DGB
zum GRÜNBUCH
„Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis
2030“
der Europäischen Kommission
vom 27.3.2013 (COM (2013) 169 final)**

Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist im Deutschen Gewerkschaftsbund DGB für die Beschäftigten der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmewirtschaft zuständig. Sie organisiert derzeit in diesem Industriesektor rund 90 000 Beschäftigte in den Konzernen E.on, RWE, Vattenfall, Energie Baden Württemberg und den mehr als 700 Stadtwerken (kommunalen Energieversorgern)

4.1 Allgemeine Fragen

Die 20-20-20-Ziele des Energiepakets aus dem Jahr 2008 haben die politischen Anforderungen an die klima- und umweltpolitische Umgestaltung des EU-Energiesystems bis zum Jahr 2020 umrissen und den Mitgliedsstaaten einen klaren Handlungsrahmen vorgegeben. Dabei wurde durch das Herunterbrechen der allgemeinen Ziele auf individuelle nationale Ziele der unterschiedlichen ökonomischen Situation und den unterschiedlichen Potenzialen der Mitgliedsstaaten Rechnung getragen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass die rechtsverbindlichen Zielsetzungen in den Bereichen Ausbau der Erneuerbaren Energien und Klimagasreduktion den Umstrukturierungsprozess wesentlich beschleunigt haben, wie die Kommission im Grünbuch darstellt.

Insbesondere das jährliche Wachstum des Anteils der Erneuerbaren Energien (EE) am Bruttoendenergieverbrauch der EU ist durch das Festlegen rechtsverbindlicher nationaler Ziele deutlich angestiegen, wobei die Kommission eine weitere Steigerung für erforderlich hält, um das Ziel für 2020 sicher zu erreichen. Dies kann aus Sicht der Gewerkschaft ver.di für Deutschland insbesondere für den Strombereich verifiziert werden. In Deutschland ist namentlich der Anteil der EE am Bruttostromverbrauch deutlich von rund 10 auf derzeit 23,5 Prozent (2012) angestiegen. Deutlich ist aber auch geworden, dass das schnelle Vordringen der volatilen Energien Wind und Photovoltaik mit ihrer fluktuierenden Einspeisung deutliche Erweiterungen der zugrunde liegenden Infrastruktur (Back-up-Kraftwerke, Netze, Speicher etc.) erfordert, die, wenn sie nicht erfolgen, das weitere Tempo des Ausbaus in diesem Schlüsselbereich der Energieversorgung bremsen könnten. Umgekehrt sind in diesen Bereichen der Energieinfrastruktur zahlreiche zusätzliche Arbeitsplätze zu erwarten. Die Gewerkschaft ver.di schätzt, dass allein der erforderliche Ausbau der Stromnetzinfrasturktur bis zu 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland schaffen wird.

Hier werden zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um das Wachstumstempo beibehalten zu können, beispielsweise die Einrichtung eines Marktes für gesicherte Leistung (Kapazitätsmarkt). Dabei ist zu beachten, dass bei weiterem Vordringen der EE entsprechend den Vorgaben der EU in den einzelnen Mitgliedsstaaten auch die Anforderungen an die zwischenstaatliche Kooperation deutlich steigen werden, namentlich im Bereich Ausbau der Netze und Harmonisierung von (fluktuierender) Erzeugung und Verbrauch.

Hier wird es für die Zeit nach 2020 wesentlich darauf ankommen, die einzelnen nationalen Ausbauziele deutlich enger aufeinander abzustimmen, als dies im Energiepaket 2008 der Fall war. Entsprechend muss auch der innergemeinschaftliche Ausbau der Kapazitäten an gesicherter Leistung und der Übertragungsnetze koordiniert werden.

Im Bereich der Klimagasreduktion hat die Einführung des Emissionshandels positive Anfangsimpulse gesetzt, die allerdings –die Kommission weist im Grünbuch darauf hin – durch den langandauernden Verfall der Zertifikatspreise in Gefahr sind. Es wäre zu untersuchen, inwieweit die Ursache für diesen Verfall lediglich im gebremsten Wirtschaftswachstum der EU zu finden ist, oder ob insbesondere die extreme Spreizung der nationalen Zielsetzungen (zwischen plus 40 Prozent und minus 40 Prozent) zum derzeitigen Überangebot maßgeblich beigetragen hat und bei Zielsetzungen für das Jahr 2030 korrigiert werden muss. Auch die Ausnahmetatbestände müssen auf den Prüfstand, insbesondere auch der hohe Anteil, den extrem kostengünstige CDM-Maßnahmen an der Erreichung der Ziele derzeit haben dürfen.

Unabhängig davon ist festzustellen, dass die Nachjustierung des klimapolitischen Ordnungsrahmens im Hinblick auf einen der Umwelt- und Klimabelastung angemessenen Preis für Klimagasemissionen zeitnah erfolgen muss. Schlüssel zum Erfolg dürfte hier die Anpassung des Reduktionsziels im Hinblick auf die erschließbaren Potenziale sein. Hier sollte die EU auch im internationalen Vergleich ehrgeizige Zielsetzungen ins Auge fassen. Soll das Regime des Emissionshandels beibehalten werden, muss sich dies entsprechend in einer deutlichen Verknappung der Zertifikate und Zurücknahme der Ausnahmebestimmungen niederschlagen. Auch die Festlegung eines Mindestzertifikatspreises sollte geprüft werden.

Die Energieeffizienzrichtlinie von 2012 soll die vorhandenen Defizite beim Erreichen des Effizienzziels für 2020 abbauen helfen. Es wird jetzt wesentlich auf eine konsequente nationale Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten ankommen, ob dies gelingt. Chancen sieht ver.di in der Beauftragung der Netzbetreiber mit der Aufgabe, die jährlichen Reduktionsziele von 1,5 Prozent des Bruttoenergieverbrauchs bei ihren Kunden zu erreichen. Hierdurch können auch zahlreiche Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft entstehen. Es muss allerdings verbindlich geklärt werden, dass die den im Wettbewerb stehenden Versorgern entstehenden Mehrkosten für Beratungen und technische Dienstleistungen durch nationale Energieeffizienzfonds in ausreichender Höhe finanziert werden.

Ein derartiger Energieeffizienzfonds soll laut Emissionshandelsrichtlinie aus dem Aufkommen aus dem CO₂-Zertifikatehandel gebildet werden. Derzeit liegt dieser Handel am Boden. Bis zur Wiederherstellung eines funktionierenden, realitätsgerechten CO₂-Preises durch Nachjustierung des Zertifikatehandels müssen die Mitgliedsstaaten diesen erforderlichen Energieeffizienzfonds aus den nationalen Haushalten langfristig verlässlich garantieren.

4.2 Zielvorgaben

Erforderlich sind nach Ansicht der Gewerkschaft ver.di rechtsverbindliche Zielvorgaben für den Zeitraum bis 2030 für die Bereiche Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoenergie- und Stromverbrauch, Reduktion der Klimagase und Energieeffizienzsteigerung. Sie sollten sich im Zeitverlauf möglichst linear an die 20-20-20-Ziele anschließen, um eine kontinuierliche Entwicklung zu ermöglichen und den Investoren Rechts- und Planungssicherheit garantieren. Dabei sollten insbesondere die zwischen den Mitgliedsstaaten noch sehr heterogen vereinbarten Zielsetzungen im 20-20-20-Paket bis 2030 eine kontinuierliche Angleichung erfahren, um einen Beitrag zu leisten, die Lebensbedingungen in allen Ländern der Gemeinschaft allmählich aneinander anzunähern. Dies gilt insbesondere für das Wachstumstempo der Erneuerbaren Energien sowie die CO₂-Reduktionsziele. Keinem Mitgliedsstaat sollte im Zeitraum zwischen 2020 und 2030 noch ein Zuwachs an Klimagasemissionen zugestanden werden. Das 1,5%-Ziel zur Effizienzsteigerung ist beizubehalten und aufgrund der bis dato gemachten Erfahrungen zu konkretisieren.

Des Weiteren ist anzustreben, dass sich die Mitgliedsstaaten zu rechtsverbindlichen Zielsetzungen für den Ausbau der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung verpflichten.

Widersprüche zwischen den einzelnen Zielsetzungen des 20-20-20-Paketes sind in Bezug auf die Erfolgsaussichten der Einzelziele nicht erkennbar geworden. Natürlich hat der Ausbau der erneuerbaren Energien dazu geführt, dass der Anteil der CO₂-neutralen Energieerzeugung zugenommen hat – Hauptursache für den Zusammenbruch des Zertifikatehandels war dies jedoch keinesfalls. Das für den Preisverfall verantwortliche Überangebot an Zertifikaten ist vielmehr zum einen auf die Überallokation in Industriebereichen, die von der Wirtschaftskrise besonders betroffen sind, zurückzuführen, sowie auf die vielen Ausnahmestimmungen und die Möglichkeiten, über CDM-Maßnahmen billige Maßnahmen in Drittländern anrechnen zu lassen.

Eine Interdependenz in den Zielen ist freilich in der geplanten Nutzung der CO₂-Zertifikatserlöse für Energieeffizienzfonds zu sehen, die jetzt so nicht ausreichend zustande kommt. Dieser Zielkonflikt muss durch realistischere, und das heißt ehrgeizigere Ziele zur Klimagasreduktion für die einzelnen

Mitgliedsstaaten aufgelöst werden, sowie durch Reduktion der Ausnahmetatbestände. Beide Maßnahmen müssen so wirksam angelegt werden, dass sie sicher zu einer entsprechenden Verknappung der Zertifikate führen können, um einen angemessenen CO₂-Preis dauerhaft sicher zu stellen.

Einheitliche, rechtsverbindliche CO₂-Reduktionsziele für die Bereiche Verkehr, Landwirtschaft und Industrie sind für den Zeitraum 2020-30 unbedingt erforderlich.

Versorgungssicherheit genießt nach Ansicht der ver.di als öffentliches Gut unbedingte Priorität. Alle Maßnahmen sind so auszureichten, dass die Versorgungssicherheit mit Strom, Gas und Fernwärme jederzeit gewährleistet ist.

4.3 Instrumente

Unbedingt erforderlich ist aus Sicht der ver.di, ambitionierte ordnungsrechtliche Maßnahmen festzulegen, die die Emission der Klimagase in den einzelnen Sektoren limitieren. Dies gilt uneingeschränkt für alle Bereiche, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Hier sollte der Stand der Technik Maßstab sein, beispielsweise beim Automobilbau (Einhaltung von Emissionsgrenzwerten für die einzelnen Fahrzeugtypen). Es ist aber auch wünschenswert, derartige ordnungsrechtliche Vorgaben flankierend in denjenigen Sektoren festzulegen, die dem Emissionshandel unterliegen, beispielsweise wenn es um die Einhaltung des Standes der Technik beim Bau und Betrieb technischer Anlagen geht.

Ein wesentlicher Beitrag zur Kosteneffizienz wird darin bestehen, die weiteren Ziele des Zubaus volatiler erneuerbarer Energien (Wind, PV) im Stromsektor mit dem Ausbau der zugrunde liegenden Infrastruktur (Back-up-Kraftwerke, Netze, Speicher etc.) zu koordinieren. Dies erfordert wesentlich die Übernahme von Systemverantwortung durch die Betreiber der Anlagen volatiler erneuerbarer Energien, setzt aber auch voraus, dass der erforderliche Betrieb und Zubau von Back-up-Kraftwerken durch einen Kapazitätsmarkt wirtschaftlich ermöglicht wird. Der derzeitige Energy-Only-Strommarkt, der allein die Kosten bereits abgeschriebener Kraftwerke abbildet, bietet hierzu aufgrund der reduzierten Einsatzzeiten der Kraftwerke immer weniger Anreiz.

Durch die Einführung eines Kapazitätsmarktes kann eine weitere Fragmentierung des Energie-Binnenmarktes wirksam verhindert und gleichzeitig die Versorgungssicherheit bei weiterem Vordringen der volatilen Energien sicher gestellt werden.

Es gibt bereits derzeit eine ganze Palette von erprobten, kosteneffizienten Energieeffizienz-Dienstleistungen vor allem der Energieversorger. Die Energieversorger sollten in die Lage versetzt werden, diese Dienstleistungen flächendeckend allen Kunden in der Gemeinschaft anzubieten, was eine sichere Finanzierung durch den Energieeffizienzfonds oder aus Haushaltsmitteln der Mitgliedsstaaten erfordert.

Die Forschungs- und Innovationspolitik der EU sollte die wesentlichen Bereiche definieren, die zum Gelingen der energiepolitischen Ziele beitragen und hierfür eine Basisunterstützung bieten. Zu nennen sind beispielsweise Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien, der Stromspeicher inklusive der power-to-gas-Technologie oder der Energieeffizienzdienstleistungen.

4.4 Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit

Die Sicherstellung der Versorgungssicherheit als öffentliche Aufgabe hat wie schon dargelegt für die Gewerkschaft ver.di oberste Priorität. Sie ist entscheidend einerseits, um eine einheitliche und gute Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in der EU zu garantieren, andererseits aber auch der Schlüssel zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der damit zusammenhängenden Arbeitsplätze.

Um sie zu erhalten, sind insbesondere die mit der Systemeinbindung der volatilen erneuerbaren Energien in die Stromversorgung verbundenen Elemente (Back-up-Kraftwerke, Netze, Speicher) in den Fokus zu rücken. Hier können auch zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies ist auch erforderlich, um insbesondere den weiteren Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien möglichst kosteneffizient zu gestalten und damit einen Beitrag zur Dämpfung des Anstiegs der Stromkosten zu leisten.

Im Bereich der Gasversorgung ist langfristig die Versorgungssicherheit am besten herzustellen, wenn es gelingt, die Importabhängigkeit zu reduzieren. Eine Schlüsseltechnologie könnte in diesem Zusammenhang die power-to-gas-Technologie werden, die es erlaubt, überschüssigen Strom aus volatilen Quellen innerhalb der Gemeinschaft in speicherfähiges Gas mit Erdgasqualität umzuwandeln und in Gas-Heizkraftwerken zur Strom- und Wärmeproduktion in hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen.

Die Schiefergasförderung (Fracking) ist mit großen Umweltrisiken behaftet und kann auch angesichts mangelnder langfristig nutzbarer Potenziale vermutlich nicht zu einer dauerhaften Energiekostenentlastung beitragen. Dieser Weg sollte deshalb nicht weiter verfolgt werden.

Die Einnahmen aus dem Emissionshandel –so sie denn in Zukunft wieder fließen sollten- tragen in dem Maße zur Innovationsfähigkeit der verarbeitenden Industrie bei, wie es gelingt, damit auch in diesem Kundensegment kostengünstige Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz zu heben. Dies ist durch geeignete Dienstleistungen sicher zu stellen. Eine direkte oder indirekte Subventionierung der Energiekosten in diesem Segment durch Abschöpfung von Einnahmen aus dem Emissionshandel hat indessen negative Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit, weil dadurch Investitionen in Energieeffizienz verhindert werden und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit langfristig sinken dürfte.

Der Ausbau der Verbindungsleitungen innerhalb der Gemeinschaft sollte sich am Ziel der Systemintegration der erneuerbaren Energien orientieren, nicht indessen am Ziel eines möglichst niedrigen Strompreises für Industriekunden. Hier muss die Gemeinschaft eine Richtungsentscheidung fällen, die dann auch Durchgriff auf die nationalen Ausbaupläne bekommt.

4.5 Kapazitäten und Lastenteilung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte zunächst nach den nationalen Möglichkeiten erfolgen und damit die dezentralen Potenziale ausschöpfen. Es hat sich gezeigt, dass hier alle Mitgliedsstaaten insbesondere in den Bereichen Wind und Solar ausgedehnte Potenziale aufweisen, unabhängig von geografischen Bedingungen. Für den zusätzlichen erforderlichen Stromaustausch innerhalb der

Gemeinschaft sollte die EU einen Rahmenplan aufstellen, der geografisch optimale Standorte beispielsweise für große Offshore-Anlagenparks oder solarthermische Stromerzeugung definiert und deren Errichtung mit dem Ausbau der entsprechenden Infrastruktur (Bau zusätzlicher Höchstspannungsleitungen etc.) koordiniert. Hier hat die EU eine wichtige Aufgabe.